

Input an der Medienorientierung des BFM-AGF in Bern, 17. Juni 2004

«Es gibt viele Methoden, sich dauerhaft zu ruinieren. Eine der erfolgversprechenden ist die Gründung einer mehrköpfigen Familie.» Dies sagte Hellmut Puschmann als Präsident des deutschen Caritas-Verbandes 1998. Der Ausspruch wandert bis heute durch das Internet, weil er eine zentrale Wahrheit bissig auf den Punkt bringt. Aber der finanzielle Einsatz der Eltern ist nur das Eine.

Der andere ist der Zeiteinsatz: Es werden insgesamt mehr Arbeitsstunden für Haus- und Familienarbeit eingesetzt als für Erwerbsarbeit. Zwei Drittel davon werden von Frauen erbracht. [Folie Waage]

Familienmanagerinnen und -manager erbringen damit enorme Leistungen für die Gesellschaft.

Sie tun dies erstaunlich kompetent und erwerben in dieser Zeit wesentlich mehr Kompetenzen, als ihnen selber bewusst ist – und als in der Erwerbswelt und im Bildungssystem anerkannt ist.

Die Politik und Wirtschaft überlässt Kosten und Zeiteinsatz nicht nur den Eltern, sondern behindert diese Arbeit nicht selten. Zwei Beispiele:

1. A- und B-Kinder

In einer vom SNF finanzierten Untersuchung des Marie-Meierhofer-Instituts für das Kind wurden zwei Gruppen von Kindern verglichen: Solche, welche bereits früh im Vorschulalter selbständig die Wohnung verlassen können, draussen spielen können und wieder zurückkehren können mit solchen, welche – zumeist weil der nahe Autoverkehr in der Stadt das zu gefährlich macht – bis ins Kindergartenalter, teils darüber hinaus, nur in Begleitung Erwachsener nach draussen zum Spielen gehen können. Aus der Untersuchung ging hervor, dass die B-Kinder deutliche Nachteile in ihrer Entwicklung aufwiesen. Die Leidtragenden einer solchen Verkehrs- und Siedlungspolitik sind die Kinder – aber auch die Eltern, welche solche Fehlpolitik mit Zusatzarbeit (Kinder im Zangengriff, da Lebensgefahr, auf dem Tottoir zum nächsten Spielplatz bringen, dort die Zeit herumbringen und die Kinder wieder heil zurückbringen) und ungesunder Kontrolle kompensieren müssen.

Das ist ein Resultat von MutterTagsPolitik, von Nicht-Anerkennung der Arbeit der Familienmanagerinnen und -manager, dem Desinteresse an dem, wovon unsere Gesellschaft lebt. Eine HausArbeitsPolitik, die den gleichen Rang wie die Erwerbsarbeitspolitik haben muss, wird demgegenüber Kinderbeauftragte einsetzen, welche deren Interessen vertreten und eine «Familienverträglichkeitsprüfung» einführen, welche Entscheide betreffend Siedlung, Schule, im Grunde in allen Politikbereichen, in dieser Hinsicht überprüft.

2. Hürdenbau

Die eidgenössischen Räte haben am 4. Oktober 2002 das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet. Damit wurde eine Anstossfinanzierung beschlossen, damit mehr neue Krippen und andere Formen familienergänzender Kinderbetreuung geschaffen werden.

Es war vorgesehen, neue Kindertagesstätten, Tagesschulen, Tagesfamilien während einer Startphase von maximal drei Jahren mit maximal 5000 Fr. pro Jahr und Platz zu fördern. Kaum ging es ans Ausführen, wurde die maximale Förderdauer auf zwei Jahre herabgesetzt. Zudem wurden massive bürokratische Hürden erreicht. Ein Beispiel: Eine neue Krippe in der Nähe meines Wohnortes reicht Fristgerecht am 27. November 2003, drei Monate vor dem Start im März, das Gesuch mit allen verlangten Unterlagen vollständig ein. Der Entscheid wurde von Monat zu Monat wird vertröstet. Die

Verzögerung wird ausserdem gepflegt, indem weitere Unterlagen – etwa über die definitive Belegung – verlangt werden, die aber eigentlich gar nicht Bestandteil des Gesuchs sein können, weil man ja nicht drei Monate vor dem Start über die definitive Belegung Auskunft geben kann. Der positive Bescheid kam nun letzten Dienstag. Geld gibt es aber erst, wenn die kantonale Bewilligung nochmals überarbeitet wurde. Ab dem nächsten Monat wären die Gehälter dieser Krippe nicht mehr gesichert, wenn sie nicht für zwei Monate privat vorgeschossen worden wären. Ausserdem war der Kanton bereits einmal in die Bresche gesprungen und leistete einen Vorschuss. Der Gesamteindruck auch aus anderen Projekten ist, dass man Projekte durch die Verzögerungen zum Scheitern bringen möchte, denn Krippen, die eingehen, bevor das Gesuch bewilligt ist, entlasten das Bundesbudget.

Im Kanton Graubünden – um bei diesem Randkanton als Beispiel zu bleiben – gibt es auch eine kantonale Förderung, seit einer Volksabstimmung vom 18. Mai 2003. Aber auch hier wurden massive bürokratische Schikanen eingebaut: Es wird nicht der faktische Bedarf, entsprechend der Anzahl der belegten Plätze, unterstützt, sondern höchstens soviel, wie bis zu einem Jahr im Voraus im Rahmen einer oberflächlichen Abklärung von den Gemeinden als Bedarf an den Kanton gemeldet wurde. Dagegen hatten sich im Vernehmlassungsverfahren das Gleichstellungsbüro, Dachverband familienergänzende Kinderbetreuung und auch die Frauenzentrale ausdrücklich engagiert. Es war von vornherein klar, dass eine solche Bedarfsabklärung völlig unrealistisch ist. Diese Kritik wurde in den Wind geschlagen. Jetzt in der Durchführung musste allerdings doch eine gewisse Nachmeldung von Bedarf erlaubt werden, weiterhin aber bleibt dies eine nutzlose Behinderung.

Fazit: Das Beispiel «Förderung familienergänzender Kinderbetreuung» zeigt: Wenn es politische Absichtserklärungen in die richtige Richtung gibt, werden sie unterlaufen, solange es nicht eine Lobby gibt, welche die Interessen der Familienfrauen und Hausmänner vertritt – und zwar eine Lobby, welche von der Basis getragen wird. Unsere nächsten beiden Ziele sind daher: 1. Unsere Basis weiter zu verbreitern und 2. mit der Basis zusammen die Prioritäten und Strategien für die nächsten beiden Jahre festzulegen. Die Mitgliederwerbung hat heute begonnen; Prioritäten und Strategien werden unter anderem Thema einer öffentlichen Tagung im Herbst sein.